

Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.

Aboptionspreis pro Quartal 80 Pf. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Freimarke
1,20 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergeschossige Petitzelle 40 Pf.

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.

Aboptions-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Nummer 22.

Berlin, den 2. Juni 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Frühjahrsagitation!

Inhaltsverzeichnis.

Gelbe Gewerkschaften. — Ein Urteil über Streikbruch.
Auskundung der Unzufriedenheit durch die Unternehmer. — Auskunftsbericht. Ein Zwischenfall. Über den Wert der Arbeitgeberorganisationen. Einen Arzt als Gewerbeinspektor. — Wirtschaftliche Bewegung. — Der "Bund vaterländischer Arbeiterschaft". — Verbandsnachrichten: Köln, Wengen, Oberwesel, Mettmann, Medlinghausen. — Bauaufsicht. — Briefe. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Gelbe Gewerkschaften.

Die Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft in mehrere Gewerkschaftsorganisationen beeinträchtigt nicht allein die Aktionskraft derselben, sondern sie schwächt sie auch gegenüber den auf ihre Bekämpfung gerichteten Versuchen. Woran es liegt, daß diese Zersplitterung in Deutschland eintreten konnte im Gegensatz zu England, wo sich die Arbeiterschaft, wenn auch in weniger zentralisierten Verbänden, so doch auf einheitlicher gewerkschaftlicher Basis vollzog, braucht angesichts der vorherrschenden Entwicklung wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Die enge Verbindung zwischen sozialdemokratischer Seite und den "freien" Gewerkschaften, die beide eineindeutig sozial-materielle Weltanschauung zwangen die nichtsozialistischen Arbeiter, die gewerkschaftlichen Drang in sich fühlten, erinnert wirtschaftlich neutraler Gewerkschaften ohne politische Bindungen, als welche heute die christlich-nationalen Gewerkschaftsorganisationen im Gegensatz zu den "freien" sozialdemokratischen als historische Tatsache dastehen.

Wir nun die Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsarbeiterschaft an der ersten Linie die "freien" Gewerkschaften infolge sozialistischen Nebencharakters schuld sind, wie gesagt,

so bedauerliche Erstcheinung, so hat man auf der anderen Seite — so machtvoll die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auch besteht — damit zu rechnen, daß weite Kreise der deutschen Unternehmerschaft dieselbe noch nicht als die wichtigste Interessenvertretung der deutschen Arbeiter ansiehen,

da die deutsche Industrie noch so stolz sein auf eine gewisse Einheitlichkeit mit der englischen Industrie, jener freie Blick

in das gefundene Urteil gerade hinsichtlich der Organisationsbeziehungen der Arbeiter, Eigenschaften, die der englischen Industrie eigen sind und sie groß gemacht haben, die fehlen noch so einem großen Teile der deutschen Unternehmerschaft. Dort

erkennung der Gewerkschaften als selbstverständliche und notwendige Interessenvertretung der Arbeiter, hier noch vielfach nur verblüffend spärliches Verstehen! Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen gleichviel welcher Richtung sind aus der Periode

um die Anerkennung als berechtigte Interessenvertretung, als gleichwertiger Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrages also noch lange nicht heraus. Die deutschen Arbeitgeber organisieren sich teilweise noch in erster Linie unter dem Geschäftspunkt des Wiederzähmens der Gewerkschaften statt

des Ausgleichs des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Speziell die deutschen Großindustriellen mit verblüffend geringen Ausnahmen finden noch darüber nach,

ob die bestehenden gewerkschaftlichen Verbände in ihrem Einfluss legen können, statt über Mittel und Wege, sich mit ihnen zu verstündigen und zu einem dauernden vertraglichen

Verhältnis nicht zuletzt auch im Interesse der Industrie zu ge-

Aus den vorgezeichneten Gründen ist also die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht innerlich so konsolidiert, daß vom rein wirtschaftlichen Standpunkt zu wünschen ist. Insbesondere wird, so lange zwei Weltanschauungen die sozialistische Gesellschaft in zwei Heereslager scheiden, an eine Konsolidierung der gewerkschaftlichen Organisationen kaum zu denken sein. Diese vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehenen wirtschaftlichen Tatsache noch zu verschlimmern, sehen neuerdings ein, die sich in der Gründung sogenannter Gewerkschaften nach französischem Muster dokumentieren, sich näher über diese französischen Gebilde unterrichten möge die bezüglichen Artikel im "Centralblatt" der christlichen Gewerkschaften, 1906, Nr. 21 ff. nachlesen. Genug, es steht hier bei uns darum, Organisationen breiteren Raum zu verschaffen, die gewerkschaftlich weder Fisch noch Fleisch, die hauptsächlich von den Arbeitgebern gegründet werden, gerade die Arbeiter von dem Aufschluß an die echten gewerkschaftlichen Organisationen abzuhalten. Deutgemäß wird der Arbeitgeber grundsätzlich abgelehnt oder wenigstens nicht mehr gehandhabt; umso mehr wird Wert gelegt auf die Vereine mit Unterstützungsseinrichtungen und Maßnahmen, die den Arbeiter erkennen lassen sollen, er als Mitglied eines solchen Fabrik- oder Werkvertrags,

die neuesten Unterstützungs- und Vergütungsorganisationen nennen, recht wohl auf das eigentliche Kooperationsrecht vertrauen kann. Unter derselben Flagge wie diese Werks- und Betriebsvereine segeln die neuerrichteten vom Reichsverband zur Förderung der Sozialdemokratie gegründeten sogenannten privaten Arbeitervereine. Die christlich-nationalen Gewerkschaften folgen diesem übernationalen Verband, neuerdings

den sozialistischen Segen der Schriftschriften und deren Organisationen sowie u. a. auch an die Versuche der Gründung eines

Werkstoffarbeiterverbandes im Ruhrkreis — durch die

ständigen Leute vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, hinreichend gekennzeichnet ist.

Von selten der wirklich gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sieht man es wohl, die eben gezeichneten gelben Gewerkschaften als eine Sumpfblume auf dem Felde der deutschen Arbeiterschaft zu bezeichnen. Mag dieser Ausbruch etwas stark sein, ebenfalls sind sie ein Unkraut, das je eher je besser ausgerottet wird. Niemand wird etwas dagegen haben, — vielmehr es begrüßen — wenn wohlwollende Arbeitgeber durch Wohlfahrtseinrichtungen, gesetzliche Vergütungen u. d. Arbeiter zu Hilfe zu kommen, ein persönliches Band zwischen sich zu knüpfen versuchen. Sobald aber solche Bestrebungen darauf spekulieren, die Gültigkeit oder die Unzufriedenheit des Arbeiters auszunutzen und ihn bewußt um sein Kooperationsrecht zu bringen, oder ihn gar dazu zu erziehen, seinen Kollegen bei berechtigten Bestrebungen in den Städten zu fallen, so sind sie nach jeder Richtung hin zu verwerfen und zu bekämpfen.

Der soziale Friede wird in Deutschland in Zukunft in nicht geringem Maße davon abhängen, wie weit allein die Stärke sowohl der Organisationen der Arbeiter als diejenige der Arbeitgeber beide Teile zur gegenseitigen Achtung und Verständigung zwingen wird: Wer auf dem volkswirtschaftlich wohl begründeten Standpunkt steht, daß auch bei uns einmal die Zeit des Ringens zwischen den beiden seitigen Organisationen durch eine Periode sozialen Vertrags abgelöst wird, wird zu diesem Zweck ebenso sehr eine Verstärkung der Arbeiterorganisationen hoffen, wie eine solche der Arbeitgeberorganisationen. Wie im Interesse der Einigkeit die lebhafter jedoch unberechtigte Seite, welche in ihren Reihen verurteilt, so können ersteren auch langen, daß man ihnen mit Vereinigungsbedenken Leibe bleibe, die volkswirtschaftlich ein Nonsense und nur geeignet sind, die im Interesse des sozialen Ausgleichs so notwendige Einheit in der Arbeiterschaft mehr, wie leider schon nötig war, zu zerreißen und auftanzthalten.

Alle ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen haben die nichtsozialistischen Arbeiter ihre christlich-nationalen Gewerkschaften für ihre geistig-körperlichen drei konfessionellen Arbeitervereine. Woher da noch diese gelben Gebilde? Wagen sie für die Zukunft Aussicht haben oder nicht, jedenfalls haben wir es für unsere Augen zu öffnen!

Ein Urteil über Streikbruch.

Eine bekannte Tatsache ist es, daß die sogenannten Arbeitwilligen sich einer besonderen Aufmerksamkeit der Unternehmer erfreuen. Wir haben auch im Laufe der Zeit Bestrebungen kennen gelernt, die darauf hinausgingen, ihnen einen noch weiter wie heute gehenden gesetzlichen Schutz zu gewähren. Das kann freilich nicht hindern, daß die moralische Einschätzung derselben innerhalb der organisierten Arbeiterschaft keine andere wird, im Gegenteil: Sie werden als Schädlinge der gesamten Arbeiterschaft angesehen, die deren wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg erschweren und dazu obendrein den behördlichen oder gerechtlichen Schutz genießen. Und sehr recht schrieb fest: "Eine bürgerliche Zeitung, daß der Arbeiter gar nicht anders könne, als den Streikbrecher wie einen sozialen Helden einzuschätzen, der die Klasse verrät, der er angehört, und als ein rechter Typus um eines Augenblicksvorteils willen auch seine eigenen Klasseninteressen schädigt."

Auch einzelne Unternehmer haben des öfteren ihre Ansicht über die moralische Qualifikation des Arbeitwilligen geäußert, und lautete dieselbe ebenfalls nicht günstig für sie. So führte z. B. der Bleistiftfabrikant Dr. Eduard Schwanhäuser in Nürnberg in einer Versammlung aus: "Streikbrecher seien Leute von ungünstigem Verständnis. Allerdings seien sie ihm als Unternehmer bei einem Arbeitskampf in seiner Fabrik nützlicher als die Organisierten, aber nur bei einem Streik. Er nehme es niemanden übel, wenn er auf die Streikbrecher mit einer gewissen Verachtung herabsehe."

Dieser Fabrikant hat wohl das Richtige offen ausgesagt, und haben wir auch in der Praxis öfter derlei gehört und auch erfahren.

Aber gerade der Umstand, daß sie bei Arbeitsstreitigkeiten die Position der Arbeitgeber stärken, macht sie denselben besonders wertvoll. Deshalb auch der Ruf nach verstärktem Schutz derselben, deshalb auch die Versuche mit der Gründung gelber Gewerkschaften, oder besser gesagt: Streikbrecherorganisationen.

Mit besonderem Interesse haben wir deshalb eine längere Berliner Zuschrift an die "Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung" verfolgt, welche sich mit den dortigen Arbeitgebern, die sich nicht der Aussperrung der Holzindustriellen anschlossen, beschäftigt. Nach einer kurzen Schilderung der Ursachen des Kampfes heißt es dann weiter:

"Man sollte nun meinen, daß zur Abwehr solcher Bestrebungen das Arbeitgebertum wie ein Mann zusammenstehen müßte. Weit gefehlt! Es möchte manchem ratlos erscheinen, wie der Streik, begin die Aussperrung, sich über einen so langen Zeitraum erstreckt könnte. Nach

und nach wurde es bekannt, daß die Aussperrung bei weitem nicht in dem Umfang durchgeführt war, wie man in Arbeitgeberkreisen allgemein annahm. Eine größere Anzahl von Arbeitgebern hielt die Zeit für gekommen, aus der Haut ihrer Erwerbsgenossen Niemen zu schneiden und diesen direkt in den Rücken zu fallen. Sie nutzten alle Vorteile der stark vermindernden Konkurrenz aus mit der Entschuldigung: „Wir können nicht!“ Hierzu mag noch bemerkt werden, daß der Zentralverband der Bautechnikermeister in freigiebigster Weise seine bedeutenden Mittel zur Einführung fälliger Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Wie man unter solchen Umständen das Verhalten der arbeits suchenden Unternehmer zu beurteilen hat, liegt auf der Hand. Berlin geht mit einem schlechten Beispiel voran. Das Baugewerbe der Reichshauptstadt hat schon so manche Probe von mangelndem Solidaritätsbewußtsein abgelegt, die jetzige im Holzbearbeitungsgewerbe übertrifft alles bisher Dagewesene.

Des Rätsels Löfung ist damit gegeben: die ausgesperrten Verbandsarbeiter erhielten Unterstützung von den Streikklassen, die aber längst geseckt gewesen wären, wenn es nicht mit Hilfe gewisser Arbeitgeber — genügend wäre, die weiterarbeitenden Genossen zu verstärkten Beiträgen für die Streikklassen heranzuziehen. Streik und Aussperrung wären, nach Überzeugung aller Sachverständige auch endet worden, wenn nicht dank der Unentwegt im Lager der Unternehmer der Ausstandsbewegung neue Mittel zugeführt worden wären. Wie es scheint, haben sich die arbeits suchenden Arbeitgeber eine eigene Organisation geschaffen im Club des Westens", eine Bezeichnung, die recht harmlos klingt und wohl dazu geeignet erscheint, die eigenen Zwecke und Ziele des Vereins zu verschleiern. Ihnen sollen sich auch einige Elemente angeschlossen haben, die früher selbst als Vorstandsmitglieder dem Zentralverband der Bautechnikermeister angehörten und für energische Abwehr der Versorgungen des Verbandes der Holzarbeiter eingetreten waren. Sie haben ihr Ehrenamt niedergelegt, um alsdann im Exil zu fishen zu können. Sie sind zu Mitbündigen an der langen Dauer des Streiks geworden, haben aber die Genugtuung, durch klugende Milizie ihre Charakterlosigkeit entzweit zu sehen. Die Art, wie im Berliner Baugewerbe eine Aussperrung durchgeführt wurde, muß zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Sie findet ihre Erklärung dadurch, daß sich hier gerade zahlreiche Elemente betätigen, die sicherlich nicht als Barden des Unternehmers anzusehen sind."

Das ist gewiß deutlich. Die Redaktion der "Rh.-W." Arbeitgeberzeitung" fügt dann aus eigenem hinzu:

"Die vorstehenden Ausführungen sind nach verschiedener Richtung hin interessant und lehrreich. Man sieht daraus, daß es auch im Holzgewerbe, dessen Organisation von verschiedenen Seiten so sehr geführt wurde, noch viel zu tun gibt. Ganz besonders scheint das in der Reichshauptstadt der Fall zu sein. Sicherlich ist es tief bedauerlich, geradezu schmachvoll, daß die oben genannten Mitglieder des "Clubs des Westens" in einer so ernsten Lohnbewegung ihren Kollegen in den Rücken fallen. Sehr richtig äußert sich unser Berliner Gewährsmann über diese Herren, die häufig von allen anständig denkenden Arbeitgebern gemieden werden sollten. Gerade diese Elemente werden es später besonders fühlen, daß sie der so unbedingt nötigen Arbeitgeberorganisation entgegengetreten haben. Möge das unzählige Beispiel dieser Berliner "Helden" anderen Arbeitgeber-Organisationen zur Warnung dienen."

Wir finden es ganz begreiflich, wenn die "Rh.-W." sich solchermaßen äußert. Wir haben auch gar nichts dagegen; denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig, und diese Arbeitgeber haben genau so verwerflich an ihren Kollegen gehandelt, wie Arbeiterstreikbrecher an ihren Arbeitgebern. Nun aber kommt die Quintessenz:

Wenn man eine derartige Handlungswweise in den eigenen Reihen in so außerordentlich scharfer Weise verurteilt, welches, wenn es in einem Arbeiterblatte stände, zum mindesten als Ungehorsame, wenn nicht gar als ein angedrohter brutaler Boykott oder Aussperrung zum Klassenkampf bezeichnet würde, wie kann man dann auch nur mit irgend einem Schein von Berechtigung das gleiche einem anderen Stande zum Verbrechen anrechnen, wogegen gelegentlich Schutz angerufen werden muß? Nicht genug damit, sogar mit dem, mit Hilfe ehrlicher Arbeiter erworbenen Kapital, soll eine derartige, auf unmoralischen Boden stehende Organisation eigens zu dem Zweck systematischen Streikbruchs geschaffen werden. Und dafür ist auch die "Rh.-W." eingetreten. Wo bleibt da die gesunde Logik?

Wir wollen gewiß nicht den Kampf, obwohl wir die Mehrzahl der bis jetzt stattgefundenen nicht bedauern, die haben zum mindesten die gegenwärtige Aktion und Reaktion gefördert. Aber alles hat seine Grenzen. Und

da wäre es gewiß förderlich, wenn man sich nicht allein auf gesetzlichem Wege, sondern auch unter den Arbeitgebern zu dem Standpunkt ausschwingen könnte, mit gleichem Maße zu messen. Die Verwirklichung dieses eindeutigen demokratischen Standpunktes würde wahre Unzufriedenheit und Erbitterung verhindern. Und wenn die „B.-W. U.“ in ihrer letzten Nummer in gleicher Sache die Arbeitgeber Englands und Nordamerikas heranzieht, so sollte sie auch deren Stellung, namentlich der englischen, den Arbeitern gegenüber hervorheben. Auch im Kriege sollen gerade Waffen gelten, sie helfen mindestens einen ehrlichen Frieden sichern.

Hausnutzung der Ansässigkeit durch die Unternehmer.

Auf dem Lande macht man die bedauerliche Erfahrung, daß die Unternehmer im Baugewerbe das Gebundensein an die heimliche Scholle bei ihren Arbeitern in einer Weise ausüben, die dem gerechten Arbeitslohn schwertrags widerspricht. Stellen die Unternehmer in einem Orte fremde Arbeiter ein, dann zahlen sie diesen weit mehr, als den einheimischen. Die Gründe, die sie angeben, sind verschieden. Einmal heißt es: den Einheimischen brauchen wir nicht so viel zu bezahlen, weil sie billiger leben und uns doch nicht davonlaufen; das andere Mal heißt es: wir beschäftigen die Einheimischen auch im Winter, und darum können sie im Sommer mit weniger Lohn sich zufrieden geben — „das gleicht sich aus“. Gegenüber den Fremden wird gesagt: die Leute müssen kostspielig zahlen, dasselbe ist hier so teuer, wenn nicht noch teurer, als in der Stadt; daher müssen sie auch mehr verdienen. Es wird auch behauptet, daß die Fremden leistungsfähiger resp. fleißigere Leute wären.

Wie verhält es sich nun in Wirklichkeit? Leben die Einheimischen denn wirklich soviel billiger, daß ein Lohnunterschied von 1,00—1,50 R. und noch höher gerechtfertigt wäre? Das kann im Ernst niemand behaupten. Sicheln denn etwa die ländlichen Arbeiter ihre Lebensmittel? O nein, der alte Vater, die alte Mutter, die Frau, die Kinder, sie alle sind von morgens früh bis abends spät mit Emsigkeit beschäftigt, um dem eigenen oder dem Nachbarn die Lebensmittel abzugewinnen. Auch der Arbeiter, der bei Tage dem Beerdienst nachgeht, quält sich abends noch im Felde ab, teilweise auch morgens, ehe er zur Bauarbeit geht. Da kosten ihm und seiner Familie die Lebensmittel doch schwierigste Arbeit. Auch wenn die meisten Lebensmittel selbst gezogen werden, kostet das dem ländlichen Arbeiter einen netten Dingen barem Geld. Vielleicht ist der Garten oder Land gepachtet. Das Land verbraucht auch Dinger; der Kunstdünger ist teuer, die Pflanze ist teuer und das gefärbte Land muß mit schwerer Hypothek erstanden werden. Auch mit der Wohnung geht es so, da auch auf dem Lande die Miete teuer ist. Da muß in der Regel ein ganzes Häuschen mit Stuhlung gemietet werden und auf dem eigenen Hause sitzt in den meisten Fällen ebenfalls eine Hypothek. Da hat doch nun der Unternehmer kein Recht, sich das Mittelsten der ganzen Familie zu nehmen, und weil der ländliche Arbeiter nicht jedes Zeilchen mit Geld bezahlen kann, ihm den Lohn zu füllen. Da nimmt das Unternehmertum das von der ganzen Familie Erzeugnisse gewissermaßen für sich in Anspruch, weil sie dementsprechend dem einheimischen Arbeiter den Lohn fürziehen. Sie tun es einfach, weil sie sich sagen: die laufen und doch nicht davon. Daß die Einheimischen im Winter Verkürzung haben, bringt doch nur davon ab, wie der Grad der Beschäftigung ist. Der Unternehmer zahlt den Bauhandwerkern und Hilfsarbeitern im Winter keinen Lohn, wenn er sie nicht beschäftigt kann, das verlangen dieselben auch gar nicht. Aber da sollte doch das Unternehmertum nicht stets mit diesem wohlfeilen Versprechen auf Winterarbeit kommen. Das ist Heuchelei. Die Bauarbeiterchaft auf dem Lande ist im Winter doppelt solange arbeitslos als in der Großstadt. Das, die Fremden kennen Logis haben als vielfach in der Stadt, erkennst die einheimische Arbeiterschaft gern an und hat auch nichts dagegen einzubauen, wenn bei Bedarf von Fremden diese einbehobene Bulage gegeben wird. Wogegen sich die Einheimischen wenden, ist, daß ihre Gebundenheit an die heimliche Scholle ausgemüht wird.

Der Hinweis, daß die ländlichen Arbeiter, weil sie außer der Arbeitszeit sich noch auf dem Land betätigen, ermüdet und daher nicht so leistungsfähig als die fremden wären, trifft im allgemeinen nicht zu. Es sorgt der Unternehmer resp. seine Angestellten schon dafür, daß sich die ländlichen Bauarbeiter nicht ausruhen können. Die Schnitzlakuntersuchung ist da auf dem Lande und den ländlichen Städten vielfach größer als in der Großstadt. Wird da mal ein Stückchen Arbeit vergeben, dann möchte es gerne jeder haben und dann wird sich grausam unterboten. Den Arbeitern liegt man dann in die Ohren, ich verdiene nichts, ich kann Geld zulegen usw. Mit diesem Hinweis wird dann getrieben und getrieben. Die Männer müssen dann mit vier Händen Steine verpacken können, die Hilfsarbeiter auf jeder Schulte ein Brett Steine oder Sparschale schleppen können, wenn sie vom Unternehmer das Prädikat „fleißig“ erhalten wollen. Wir wollen nichts verausgabt, aber das es in der Stadt vielfach so ansieht, wird man nicht bestreiten können. Schreiben dieses sind Fälle bekannt, wo die Unternehmen bei den Verhandlungen vornehmlicher Blögläder über die Leistungsfähigkeit der einheimischen Arbeiter anstreiten, die mit Leuten, die in Großstädten arbeiten, durchaus nicht verglichen werden können, und in Wirklichkeit mögten dieselben mehr leisten, wie in der Großstadt, was selbst Leute konstatieren, die als Freunde von Großstädten aus in ländlichen Städtenens Verhältnisse annehmen. Wie die ländlichen Unternehmer das Gebundensein an einem Ort ausnutzen, geht auch daraus hervor, daß es des öfteren vorkommt, daß folgende fremde Arbeiter losgelöst sind, so mit ihrer Familie nicht ansässig sind, sie höhere Löhne erhalten; sobald sich solche am Ort verhaken oder ihre Familien nach dem Ort verlegen, dieselben nur einmal als Einheimische betrachtet werden und der Lohn gestrichen wird. Es ist dieser ein wichtiger Punkt für die ländliche Bauarbeiterchaft, der nur durch die geschlossene Einigkeit derselben und durch die Organisation bewahrt werden kann. Die christliche Organisation erkennt prinzipiell ein gerechtes Salzgeleit an. Zugleich diesem Rohzettel soll der Wert der Arbeit begegnet werden. Wird aber die Gebundenheit der Arbeiter ausgebaut, dann ist das die Borenhaltung des verdeckten Feinds und Arbeitsholzes. Gegen dieses Karedt muß gekämpft werden. Bekanntlich kennen die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch den Kriegsamtspfandkampf ein gerechtes Salzgeleit nicht nur, sondern Befreiung der heutigen Gewerkschaftsordnung; daher bleibt es gerade der christlichen Organisation hauptsächlich vorzuhalten, den Kampf um die Freiheit auch auf diesem Gebiete zu führen.

Kundschau.

Ein Zwischenfall.

Der zweiten Ausgabe und folgenden Tagen stellt der Berndt-Bauunternehmer Wiedermann und Co. aus Berlin im „Kunstgewerbe“ in Berlin eine Generalverhandlung der Deutschen Kolonie in die Ausstellung der Gewerkschaften. Sie

werkschäften durch die Führer des Berliner Verbandes und seinen Beanten bestimmt. Das wir uns dagegen wehren, sollte eigentlich als etwas Selbstverständliches hingenommen werden. Wer dem scheut nicht so. Um Aufklärung in die Reihen der Delegierten, welche vielleicht mit dem Wollen und den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften nicht vertraut sind, zu bringen, erlaubten sich einige christliche Gewerkschafter die bekannten Broschüren von Giesberts, sowie „Zeit- und Streitfragen“ nebst dem Flugblatt „Der Traum ist aus“, am Eingang des Gartens des Leo-Hospizes an dieselben zu verteilen. Und wir müssen gestehen, wie sind sie alle los geworden, ja einige bedauerten, keine mehr bekommen zu können, da sie einfach alle waren.

Das scheint nun den Führern von „Sitz Berlin“ nicht gefallen zu haben, denn erbot selbst der „Arbeiter“ in seiner letzten Nummer:

„Ein Zwischenfall, der sich dadurch ereignete, daß Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Garten des Leo-Hospizes an unsere Verbands-Delegierten Broschüren verteilten, in der u. a. auch die Kreisauer Mede des übergeordneten Giesberts mit ihren grundlosen Verdächtigungen der katholischen Berufsorganisation abgedruckt war, sond durch die einstimmige Annahme folgender Resolution seine Erledigung:

„Der 10. Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) spricht seine tiefe Entrüstung darüber aus, daß während seiner Tagung im Garten des Leo-Hospizes die christlichen Gewerkschaften an die Verbands-Delegierten Broschüren verteilten können, in denen Vorwürfe und Verdächtigungen gegen den Verband und dessen katholische Berufsorganisation enthalten sind, die mit allen Tatsachen im stärksten Widerspruch stehen.“

Ob die Entrüstung bei allen wirklich so echt, und ob sie so einstimmig war, können wir nicht untersuchen. Über auffällig erscheint uns eines, nämlich, daß man den Garten des Leo-Hospizes so hervorhebt. Ob das vielleicht irgend welche Folgen für dasselbe mit sich bringen sollte? Wir wollen gewiß keine Unimotivität gegen dasselbe hervorrufen, und hätten wir gehofft, daß unsere Verteilung am Eingang des Gartens auch nur irgend einen Anstoß erregen könnte, wären wir 15 Meter zurückgetreten, wo das Gemeindeeigentum begann.

Ob dies eigentlich hervorheben nicht aber als erste Ursache noch einen andern Grund hat? Wir lassen doch wirklich nichts dafür, wenn ein Teil der Delegierten, worunter viele Unschuldige gewesen sein mögen, von dem Wirt des Hospizes kein Bier mehr verabschlagen befamen. Das mag hart gewesen sein, zum Glück war es nicht allzuheiß. Ob dies auch der Grund war, wozum am Mittwoch nicht mehr im Leo-Hospiz getagt wurde?

Wir haben uns wirklich gefreut, als am Begrüßungssabend so viel von „christlicher Liebe“ geredet wurde. Wie uns dies doch das beste hoffen. Leider sollten wir eine Enttäuschung erleben. Und das ist dieses: Die zwei Delegierten des Charlottenburger Arbeitervereins, welche zugleich christliche Gewerkschafter sind, wurden aus der Generalversammlung ausgewiesen. Und der Grund hierzu? In Charlottenburg gründeten einige Mitglieder des Arbeitervereins ohne den Pfarrer auch nur irgendwie in Kenntnis zu sezen, eine Fachabteilung. Auf welchem Standpunkte der Pfarrer, ob Fachabteilung oder nicht, steht, ist uns unbekannt.

Die Fachabteilung möchten sodann zwei Mitglieder in den Vorstand, welche der Pfarrer nicht anerkannte, und einige Mitglieder, welche diese Agitation in den Verein hineingetragen, aus dem Verein ausschließen. Man kann darüber densen wie man will, die geistliche Autorität, welche gerade von den „Berlkneen“ so verborghaben wird, war es mindestens nicht.

Kurz und gut, die ausgeschlossenen legten gegen die beiden Delegierten, von welchen weder der Pfarrer noch die beiden etwas wußten, Protest ein, und das genügte, hiesschen auszutreten. Das ist aber nach unserer Meinung, welche freilich „nicht autoritativ“ ist, keine Liebe, viel weniger noch großmütig.

Wie uns bestimmt versichert wird, soll ein geistlicher Herr am Delegiertentag den Ausspruch getan haben: „Wo die Fachabteilungen hinkommen, ist's als läme der Teufel hin; die bringen mir die Uneinigkeit in unsere Reihen.“

Das genug für heute.

Über den Wert der Arbeitgeberorganisationen und die von diesen im Interesse des sozialen Friedens geleistete Erziehungsaufgabe sprechen sich in außerordentlich bemerkenswerter Weise die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für das Jahr 1906 aus. Der Bericht für den dritten Bezirk schreibt hier wörtlich:

Die Früchte des Zusammenschlusses der Unternehmer machen sich heute durch eine viel ruhigere und würdigere Behandlung der Arbeiterfragen seitens des einzelnen bemerkbar. Die Erziehungsarbeit der Unternehmerverbände ist unverkennbar. Dadurch, daß alle Streitfragen eine kollektive Behandlung erfahren, werden sie in den Gedankenkreis des jeden Verbandsmitglieds eingefügt; sie müssen von ihm innerlich verarbeitet werden. Die verschiedenen Gedanken und Ansichten werden in gemeinsamen Sitzungen gewürdigt und gefärbt. Der Kampf, sozial-politische Probleme vom Standpunkt der eigenen Interessen durchzugehen, sich in ihnen zurückzufinden und sie mit den Interessen weiterer Kreise in Einklang zu bringen, besteht die Engertheit, der man in Handwerkerkreis früher bei der Beurteilung der Arbeiterfragen begegnet ist. Jedemal hat diese soziale Durchbildungsaufgabe der Verbände wesentlich dazu beigetragen, den friedlichen Abschluß von Tarifverträgen zu erleichtern. Als von besonderem Interesse verdient auch die Tariffrage hergehoben zu werden, daß durch die Unternehmerverbände des Handwerks und der Großindustrie der Friedheit mit Zäglichkeit festgehaltene Grundfest, nur mit den einzelnen Arbeitern eines Werks und nicht mit deren Verbandsleitern zu verhandeln, allmählich verloren wird. Beides haben da und dort die Machtverhältnisse der Konkurrenten die Unternehmer gezwungen, den stärksten Standpunkt anzugeben, aber es wäre falsch, diesen sich vollziehenden Auseinandersetzung in der Ansicht nicht auch höherer sozialer Einsicht zuzuschreiben, die auf Grund der Erfahrungen bei Boxkämpfen und bei Verhandlungen der Parteien gewonnen worden ist. Aus begreiflichen Gründen wird dies ja von Unternehmern und Betriebsleitern nicht so allgemein und offen zugegeben, ein Teil derjenigen aber, die Boxkämpfe durchgeführt und zum Abschluß gebracht haben, bezugt, daß sie es viel lieber mit einem geschafften Verbandsleiter zu tun haben wollen, als mit einer Gesellschaft unorganisierter Arbeiter, die nicht wissen, was sie wollen.

Diese Ausführungen bestätigen die wahrholte Vorhersage derjenigen, die behaupten, daß auch in Deutschland bestimmt auf der Basis vorliegenden Organisations der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den gegenwärtigen Zustand und den Willen der Bevölkerung erfüllt sind, an Stelle der heutigen so zahlreichen Boxkämpfe und Auseinandersetzungen eine Periode sozialen Vertrags und sozialer Ruhe eintreten wird.

Ein Art des Gewerbeinspektor.

Der zweiten Ausgabe und folgenden Tagen stellt der Berndt-Bauunternehmer Wiedermann und Co. aus Berlin im „Kunstgewerbe“ in Berlin eine Generalverhandlung der Deutschen Kolonie. Sie

schon die während einer berufsmäßig kurzen Spatzeit erfolgte Mitarbeit eines örtlichen Mitgliedes war für Teil der Aufgaben der Gewerbeinspektion, welcher die Führung gefundenerlicher Verbesserungen in Werkräumen und bei gewissen Arbeitssorten zum Gegenstand hat, sehr derselbe. Seine besondren Kenntnisse auf dem Gebiet der Werbehygiene seien nunmehr die Gewerbeinspektion in St. im Zusammenwirken mit ihm auch auf die Beobachtung und zur Erforschung von Gewerbebekantheiten ein besonderes Auge zu richten und den Schutz der Arbeiter vor Gefahren für ihre Gesundheit in vermehrtem Umfang wahrzunehmen. Angefischt dieser günstigen Erfahrungen werden auch vorbestimmen, neben wissenschaftlich gebildeten Technikern und Chemikern auch Aerzte im Hauptamt zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Blaibach, Steinarbeiter-Ausländer Berlin, Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Bäuer und Bauarbeiter, Sagan, Maurer und Zimmerer, Kreiswitz, Wittenau, Hannover, Kleinenleger, Weisenburg i. G., Ausperrung (Maurer, Zimmerer und Kaufmannsarbeiter), Gilendorf bei Norden (Gärtner), Berlin (Dachdecker), Gümmer (Maurer), St. Augustin (Maurer), Eichstädt (Bayern) (Maurer und Hilfsarbeiter), Bamberg (Maurer), Andernach (Maurer), Norden (Maurer), Jüger, Gießen (Hilfsarbeiter), Düsseldorf (Zimmerer), Warburg (Maurer, Welle (Maurer und Kaufmannsarbeiter), Wenden i. W. (Maurer, Zimmerer und Kaufmannsarbeiter), Landsberg (Maurer, Eichstädt), Offenburg, Baden (Maurer), Sulzbach (Steinhauer).

Bezirk Brandenburg.

Die Ausperrung in Berlin. Am Pfingstmontag ist die Ausperrung zur Tat gesetzt worden. Nach dem bisherigen Feststellungen hat nicht den Umfang angenommen, mit dem gerechnet wurde. So wurde z. B. seitens unseres Verbandes nur ein Tropfen davon betroffen. Insgesamt sind nach den bisherigen Feststellungen der betroffenen Organisationen ca. 12 000 ausgesperrt. Die Anzahl der Unternehmer ist Ihnen hier von g. w. 10 000 ausgesperrt. Sie haben sie doch 28 000 ausgesperrte an! Das kann kaumtreffend sein, denn ein derartig hoher Prozentsatz unorganisierte Arbeitnehmer ist in Berlin keineswegs vorhanden. Gefragt kann deshalb höchstens sein, daß die Unternehmer ihre Position überprüfen, denn es ist dem Beschluss der Ausperrung nicht entgegenstehen entgegangen. Und wir haben durch keine Ursache, die Tatsachen zu verschleiern.

Inzwischen ist der Kampf in ein neues Stadium getreten. Es handelt sich um die Unternehmer, welche nicht dem Ausperrungsbeschluß Folge geleistet haben. Eine gemeinschaftliche Kommissionssitzung beschloß, bei diesen eine ermäßigte Forderung, und zwar 8½ Stunden Arbeit und 80 Pf. Stundenlohn einzurichten. In allen stattgefundenen Mitgliederversammlungen wurde dies angenommen. Zugleich wurde beschlossen, daß diese Forderung nicht genehmigt wird, am Dienstag, den 28. Mai 1907.

Geheimer Bericht Kollegial. Wir nehmen höchstens Bezug auf unsere gebrückte Mitteilung vom 16. Mai, in welcher wir Ihnen angezeigt haben, daß die Generalversammlung des Verbandes der Baugewerke einstimmig beschlossen habe, am 18. d. M. sämtliche bei den Verbänden Mitgliedern beschäftigten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu entlassen. Wir bitten Sie dringend, sich im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der raschen Beendigung des Kampfes unserem Vorgehen anzuschließen. Inzwischen ist Entlassung der Arbeitnehmer vor sich gegangen. Von geringerer Seite wird gesellschaftlich die Nachricht verbreitet, daß die Anzahl der Entlassenen weit geringer ist, als man erwartet hätte. Dies entspricht nicht den Tatsachen; der Entlassungsbeschluß ist von den Verbandsmitgliedern, wie es ja auch selbstverständlich ist, streng durchgeführt worden. Nach diesem Ergebnis Ausperrung ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kampf zu Gunsten der Arbeitgeber entschieden wird. Selbstverständlich wird dieser ernste Kampf, den wir um die Erfüllung des Berliner Baugewerbes zu führen haben, um so rascher beendet sein, nachdrücklicher und allgemeiner die Ausperrung in den ersten Tagen durchgeführt wird. Es entzieht sich vorläufig unseres Wissens, ob Sie ebenfalls Ihre Arbeiter entlassen haben. Sollte dies jedoch noch nicht der Fall sein, so ersuchen wir Sie dringend, dies sofort zu tun, denn der Kampf wird unter allen Umständen für die Arbeitgeber gewonnen werden. Geht er verloren, dann werden sich dieselben Kämpfe in ganz Deutschland im Baugewerbe wiederholen und alle anderen Arbeitgeber in Berlin werden nachfolgen, wenn die Maurer und Zimmerer eine Arbeitzeitverkürzung durchgesetzt haben. Darum appellieren wir jetzt einmal eindringlich an Ihr Kollegialitätsgefühl.

Wir nehmen höchstens Bezug auf unsere gebrückte Mitteilung vom 16. Mai, in welcher wir Ihnen angezeigt haben, daß die Generalversammlung des Verbandes der Baugewerke einstimmig beschlossen habe, am 18. d. M. sämtliche bei den Verbänden Mitgliedern beschäftigten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu entlassen. Wir bitten Sie dringend, sich im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der raschen Beendigung des Kampfes unserem Vorgehen anzuschließen. Inzwischen ist Entlassung der Arbeitnehmer vor sich gegangen. Von geringerer Seite wird gesellschaftlich die Nachricht verbreitet, daß die Anzahl der Entlassenen weit geringer ist, als man erwartet hätte. Dies entspricht nicht den Tatsachen; der Entlassungsbeschluß ist von den Verbandsmitgliedern, wie es ja auch selbstverständlich ist, streng durchgeführt worden. Nach diesem Ergebnis Ausperrung ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kampf zu Gunsten der Arbeitgeber entschieden wird. Selbstverständlich wird dieser ernste Kampf, den wir um die Erfüllung des Berliner Baugewerbes zu führen haben, um so rascher beendet sein, nachdrücklicher und allgemeiner die Ausperrung in den ersten Tagen durchgeführt wird. Es entzieht sich vorläufig unseres Wissens, ob Sie ebenfalls Ihre Arbeiter entlassen haben. Sollte dies jedoch noch nicht der Fall sein, so ersuchen wir Sie dringend, dies sofort zu tun, denn der Kampf wird unter allen Umständen für die Arbeitgeber gewonnen werden. Geht er verloren, dann werden sich dieselben Kämpfe in ganz Deutschland im Baugewerbe wiederholen und alle anderen Arbeitgeber in Berlin werden nachfolgen, wenn die Maurer und Zimmerer eine Arbeitzeitverkürzung durchgesetzt haben. Darum appellieren wir jetzt einmal eindringlich an Ihr Kollegialitätsgefühl. Was unsere Verbandsmitglieder können, das können Sie auch.

Bedenken Sie, welchen Opfermut die Arbeitnehmer bei jeder Gelegenheit zeigen, wollen wir uns von Ihnen beschämen lassen, wenn es den Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz geht. Sie werden perfekte Verluste erleiden! Gewiß; aber müssen getragen werden, es muß verlangt werden, daß solcher Zeit jeder seine eigenen Interessen hinter die der Gemeinheit zurückstellt.

Ganz Deutschland verfolgt unseren Kampf mit der größten Spannung, lest hat Berlin zu zeigen, was es kann; und wollen Sie, daß wieder von Berlin gesagt wird, daß dort nur mit dem Wunde große Taten verrichtet, aber nie zur Gute gekommen ist.

Von allen diesen Gründen ersuchen wir Sie, sich so dem Beschluss unseres Verbandes anzustellen zu wollen. Zeigen Sie, daß Sie nicht gewillt sind, sich durch die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, daß Sie nicht unzufrieden dabei stehen wollen, wenn andere für das Wohl der Existenz Ihres Standes schwere Opfer willig bringen. Tragen Sie jetzt dem Verbande als Mitglied bei und helfen Sie, daß selbst durch Führung immer neuer Mitglieder geradezu festigen und zu fördern.

Den bestliegenden Fragebogen wollen Sie sofort ausfüllen auf dem einen Fragebogen angeben, wie viel Leute der anderen Kategorien Sie am 11. Mai beschäftigt haben, auf dem anderen aber angeben, wie viel Leute von Ihnen am 27. Mai beschäftigt waren.

Die Fragebögen sind mit Unterschrift zu versehen und werden an unser Sechstamente zurückzusenden.

Mit kollegialem Gruss

Der Vorstand des Verbandes

Wahl: Heute, Frieder. Ein weiteres Bildhauerei weiß angefischt des neuzeitlichen Gewerbeinspektor. Der Arbeitgeberorganisationen darauf hin, daß in jenen wohl Rechte, aber keine Pflichten verlangt werden. Gemäß werden die Unternehmer vor der Unterzeichnung warnt.

Ein wesentlicher Faktor in dem Kampf sind die Mitarbeiter. Gelingt es dem Arbeitgeberverband, die Mitarbeiter

derung zu unterbinden, würde dies eine wesentliche Verunsicherung bedeuten.

Die Möbelwerke Berlins haben in einer am Sonnabend, den 25. Mai, stattgefundenen Versammlung beschlossen, einen für ihrer Werke außer Betrieb zu setzen. Ob es strikte zur Geschäftsführung kommt, ist zweifelhaft, da die Sichtung mit unbekannten Verlusten verbunden ist. Es würden dadurch etwa 10 000 Arbeiter und Arbeitgeber arbeitslos, außerdem würden Pferde und andere Betriebsmittel, welche große Ausgaben ihrer Unterhaltung bedürfen, außer Tätigkeit gesetzt werden. So bedeutet denn alles auf einen schweren Kampf hin, dessen Auswirkungen in sehr weiter Ferne liegen.

Die Aussperrung der Tischler in Berlin bleibt nach jetzt siebenwöchentlicher Dauer weiter bestehen. Eine Anfrage des Organisationsleiters des "freien" Verbandes an den Vorsitzenden der Kommission des Arbeitgeberbundes, ob derzeit genötigt wäre, auf eine ermäßigte Forderung von 8½ Pf. Stundenlohn zu verhandeln, wurde abgelehnt. Bewilligt haben bis jetzt 20 Unternehmer, davon auch Mitglieder des Arbeitgeberbundes. Von den 150 Mitgliedern unseres Verbandes, welche von der Aussperrung betroffen sind, sind zurzeit noch 45 am Orte zu unterstützen, welche erhalten seit einigen Wochen einen Zusatz von 3 Pf. pro Stunde zur Streitunterstützung aus den Kollektivfonds.

Bezirk Frankfurt a. M.

Warburg. Am 16. Mai fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters eine Unterhandlung statt, in welcher der Vorsitzende den Vermittlungsvorschlag machte, im Laufe dieses Jahres und für 1908 38 Pf. Stundenlohn festzulegen. Die Unternehmer lehnten diesen Vorschlag in ihrer Versammlung ab und haben bei dem Beschluss vom 28. April, wonach sie 28 bis 30 Pf. zahlen wollen, festgestellt. Sie sind der Meinung, dieser Lohn für die höchsten Verhältnisse hoch genug. Nach diesem Ergebnis hatten die in der Bewegung stehenden Kollegen keine Gegenlassung, in die materielle Erneuerung des Vermittlungsvorschlags einzutreten. Für sie kommt dennoch die ursprüngliche Forderung 38 resp. 40 Pf. in Betracht. Charakteristisch ist, daß die Unternehmer fremden Maurern einen höheren Lohn geben wollen; sie glauben damit zu erreichen, auswärtige Maurer heranzuziehen. Das dürfte freilich vergeblich sein, sie haben denn schon einmal sehr tief in den Deuteln gressen und dann würde es noch umsonst sein. Nach Warburg mit seinen 100000 Einwohnern, die geeignet sind, keine Neigung aufzutreten haben, da verläßt sich so leicht keiner hin. Auf diese Art läuft die Sache, hinter welche wir die Unternehmer selbst wünschen, in Richtung.

Bezirk Saarbrücken.

Sulzbach (Saar). Was die Mehrzahl der Kollegen wohl glauben möchte, ist hier der Fall: Es arbeiten die Steinmetze noch unter Verhältnissen, die für unsere moderne Zeit nicht mehr angängig sind; 11stündige Arbeitszeit, ohne Mittagspause, ohne Schluß, von Einschaltung der Bundesabordnung keine Spur. Nur hatten einige Kollegen unseres Verbandes bei der Firma Gebrüder Winter Arbeit angenommen, um Ordnung zu schaffen. Nach dreiwöchentlicher Arbeitszeit waren sämtliche Kollegen organisiert und verlangten gesetzliche Arbeitszeit, sowie den Lohn wie zuvor. Diese handelte es nicht der Mühe wert, die Kollegen einer Unterhandlung einzutragen. In einer Sitzung wurde dann beschlossen, Kündigung einzutragen, welche sofort von den Kollegen erzeichnet wurde. Am 7. Mai kündigte die Firma acht Kollegen, die für die Fertigungskosten hielt, daraufhin reichten diese Kollegen die Kündigung ein. Ebenfalls wurde ein eingereicht, den die Firma noch nicht beantwortet hat. Am 11. Mai kam am 21. Mai 22 Kollegen in den Ausschlag. Wenn in Sulzbach das bekanntlich in Saarbrücken die Arbeiter wegen der gesetzlichen Arbeitszeit in den Ausschlag treten müssen, so ist das ein Verdienst der wohlten Polizei. Jede Woche war sie auf der Arbeitsstelle, um die Arbeitsordnung hatte sie sich nicht gesummiert. Die Kollegen sind abgereist; die anderen kämpfen weiter, auch hier die Bahnen für die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse geöffnet sind.

Bezirk Oberhausen.

In Bocholt sind unsere Kollegen in den Ausschlag getreten. Arbeitsniederlegung war recht einstellig. Von den 180 beschäftigten Maurern und Bauhilfsarbeitern legten 172 die Arbeit nieder; auch die Kollegen aus dem benachbarten Honsfelden einstimmig aus der Arbeit. Die acht, welche stehen blieben, sind Poliere und Lehrlinge. Niemand hätteaubt, daß unter den Bocholter Kollegen eine solche Einigkeit handeln wäre, selbst die Arbeitgeber hätten auf Arbeitsniederlegung verzichtet. Aber in ein noch größeres Erstaunen wurden die Bocholter und Arbeitgeber versetzt, als am Tage nach der Arbeitsniederlegung von den Streitenden etwa 70 mit den Tagessätzen abreisen und geschlossen zur Stadt hinauszogen, anderen Morgens nochmals 50 Kollegen, so daß nur noch 20 am Orte sind. Bei einer solchen Räumung hält der Ausschlag 14 Tage an, da notwendige Arbeiten fertig geworben müssen. Wie vorausgefragt, ist nach abgeschlossener Streit für Maurer und Arbeiter ein Tag abgeschlossen worden, welcher in den Haupttagen die zehnstündige Arbeitszeit bei 45 Pfennig Stundenlohn von jetzt an und am 1. August 47 Pf. Lohn für Maurer resp. 37 Pf. für Bauhilfsarbeiter vorsieht. Die Lohnsteigerung beträgt mithin 7-8 Pf. pro Stunde, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt worden. Im übrigen die Bedingungen des Rheinisch-Westfälischen Vertragsvertrag läuft bis 30. 4. 1908. Ebenso wurde, nachdem die Arbeit und Bauhilfsarbeiter drei Tage im Streit standen, mit Hauptsache der Stuttgarter ein Vertrag abgeschlossen, welcher zehnstündige Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn in den Haupttagen vorsieht. Die Kollegen haben eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und 8 Pf. Lohnsteigerung pro Stunde errungen. Mit den Bocholtern meiste in Bocholt und von Bocholt wurde ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen. Die Kollegen von Bocholt haben außer den Kilometergeldern und Kosten für auswärtige noch eine Lohnsteigerung von 5 Pf. in Bocholt 7 Pf. in Ahede, ebenfalls die 11stündige Arbeitszeit, außerdem für Turnarbeiten 70 Pf. Stundenlohn, für andere Arbeiten, auf 11 Pf. entsprechende Zulagen erreicht. Wir kommen später einmal auf den Vertrag zurück.

Am Samstag ist noch keine Rendierung eingetreten. Diejenigen seien müsterhaft, fünf Arbeitgeber haben die Fortsetzung der Arbeitsniederlegung. Von den 270 streitenden resp. ausgesperrten sind 200 abgereist, 40 arbeiten zu neuen Bedingungen, eben jetzt noch im Streit. Bedauerlich ist, daß unsere Arbeitskollegen, wo sie mit den Sozialen zusammen in Arbeit eingetreten und trennen lassen, sonst hätten sie wieder miteinander zusammen. Wir werden uns diese Heldentaten der Oberhauser und Wisselner Genossen merken, um gegebenenfalls ihnen zu können. Lange Glück werden sie übrigens mit ungetauten nicht haben, denn sobald der Ausschlag vorüber sind die übergetretenen doch wieder los. — Nun haben sich die Arbeitgeber, die uns beschimpft, weil die Kollegen sich organisiert, jetzt als dem Arbeitgeberbund angeschlossen. Ihre Gestaltung ist also ebenfalls geändert. Hinsichtlich bekommen sie jetzt auch zum Unterhandeln. Die Aussperrung dauert jetzt

noch weiter. Neuerdings haben unsere Mitglieder bei zwei Firmen Kündigung eingereicht; die Situation ist hier sehr günstig, aber es wohl nicht zur Arbeitseinstellung kommen. Wir

allen genannten Orten sind sämtliche Kollegen bei uns organisiert. In Dottem (Holland), lagten vor kurzem Versammlungen, und werden wir auch da in den nächsten Tagen eine Wahlstelle gründen, der Grundstock ist gelegt.

Bezirk Köln.

Aachen. Unsere Lohnbewegung steht noch günstig. Das haben die Unternehmer nicht gedacht, dass ihre Arbeitsschön so gewerkschaftlich geschult waren und den Kampf einer solchen Einigkeit führen würden. Ein ganzer Teil der Unternehmer ist anrumoren. Sie möchten sich gerne einigen, aber die Leitung des Arbeitgeberverbandes, worunter sich Unternehmer befinden die nur zwei und einen halben Mann beschäftigen und daher wenig Schaden erleiden, versucht die Herren von einer auf die andere Woche zu vertrosteten. Bis her ist es den Herren gelungen, die Unternehmer, die sich im Druck befinden, zu beschwichtigen, ob ihnen das noch länger gelingt, diese Leute, um das Eigentum der Arbeitgeberverbandsleitung willen, noch zu weiteren Opfern zu bewegen, ist sehr fraglich. Der ganze Streitpunkt handelt sich hauptsächlich um die Ehrlichkeit. Nur unehrliche Motive sind es, die den Arbeitgeberverband bewegen, gegen die Festlegung des Mindestlohnes zu agitieren. Stets haben diese Herren dabei haben die Herren die Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters ausgenutzt, dass sie sieben- und achtstündige Löhne zahlten. Das hat den Herren gefallen im Tagelohn die Löhne voll bezahlt zu nehmen, den Arbeitern denselben aber vorzuenthalten. Die ehrlichen Unternehmer welche jetzt in Aachen kämpfen, bringen die Opfer nur deswegen, um den unehrlichen Unternehmern die Möglichkeit der Ausbeutung auch weiterhin zu erhalten. Die Löhne, die wir gefordert haben, können die Unternehmer nicht als ungerecht bezeichnen, darüber schweigen sie sich in der Öffentlichkeit auch vollständig aus. Heimlich gehen sie bei der Bürgerschaft mit Verleumdungen vor und schimpfen über die "faulen Maurer und Bauarbeiter". Wir kämpfen einen gerechten Kampf. Die Kollegen werden nicht eher ruhen, bis auch im Aachener Baugewerbe ein gerechtes Lohnsystem erzielt ist. Gleichförmigerweise ist in Aachen die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, dass die Bauarbeiter fast einheitlich im Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter organisiert ist; daher auch die Einigkeit unter den Streitenden, trotz der sozialdemokratischen Hetze. Man sollte es nicht für möglich halten, was jetzt der sozialdemokratische Maurerverband in Aachen treibt. Der Genosse Muth hat jetzt bei der Lohnbewegung den als Hetzer allgemein bekannten Sozialdemokraten Kessler nach Aachen bugsiert. Die Agitationsweise des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ist ja rühmlich bekannt. Nach derselben Methode wird auch jetzt beim Streit der Maurer, Bauhilfs- und Grundarbeiter gehandelt um Mitglieder zu fangen. Durch verleumderische Zeitungsartikel in der sozialdemokratischen Presse, dem "Grundstein" und rotem "Bauhilfsarbeiter" wird eine Hetze unter den streitenden Arbeitern betrieben. Der "Grundstein" nennt die christlichen Arbeiter in Aachen, schwarze Demagogen, die beispiellose geistige Rückständigkeit besitzen, und zwar Dank des gewaltigen Einflusses den die katholische Kirche in Aachen ausübt.

Im Aachener Zementgewerbe haben wir im v. J. einen Tarifvertrag mit bedeutendem Verbesserungen eingeführt, der bis 1908 Gültigkeit hat. Jetzt geht der Genosse Kessel dazu über und reicht bei einer Firma einen neuen Vertrag ein, und verhängt die Sperrre über das Geschäft; dabei weiss der Genosse Kessel ganz genau, dass die christliche Organisation das Geschäft nicht sperren darf, weil dasselbe Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden ist. Weil wir nun die Sperrre nicht über das Geschäft verhängen, wirft der Genosse Kessel in echt heuchlerischer sozialdemokratischer Art, ein Flugblatt unter die streikende Bauarbeiterchaft, wirft dem christlichen Verband Judasverrat vor, hetzt dadurch die Streitenden unter einander auf. Dabei hat der Genosse Kessel in Aachen kaum einige Männer organisiert. Ist das nicht Arbeiterverrat schlimmster Art, während einem Streik soch eine Hetze zu treiben? Würde das die christliche Organisation jetzt in Berlin unter Genossen so treiben, so würde die gesamte sozialdemokratische Presse von Arbeitervater und Handlanger des Unternehmertums schreiben. Die Aachener Arbeiterschaft hat alles Interesse daran, die Einigkeit hoch zu halten. Nur Einigkeit kann zum Siege führen. Sie wird sich die sozialdemokratische Hetze schon merken. Ein Glück, dass die paar Männer in Aachen zu wenige sind, um etwas zu verderben. Wenn sich die christlich Organisierten nicht verhetzen lassen und einig bleiben, dann wird ihnen die sozialdemokratische Macht den Erfolg des Kampfes nicht vereiteln.

Bezirk Nordhausen.

Weiden, den 19. Mai 1907. Endlich ist es den Zimmerern und Sägern gelungen, die infizierte Lohnbewegung durchzuführen. Schon einmal wurden christliche Verbände für Holzarbeiter gegründet, aber jedesmal gingen sie wieder durch die Interessenlosigkeit der Mitglieder in die Brüche. Nachdem aber voriges Jahr die Zimmerer und Säger den Wert der Organisation durch die Lohnbewegung der Maurer kennen gelernt hatten, schlossen sich dieselben dem christlichen Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiterverbande an, und schon nach kurzer Zugehörigkeit zeigte der Verband für uns ein. Durch festes Zusammenwirken der Zimmerer und Säger sowie unter der Leitung unseres Bezirksvorstandes, Kollegen Sommer, gelang es nach vierstündigter Unterhandlung mit den Arbeitgebern folgenden Vertrag abzuschließen. 1. 10stündige Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit 2 Stunden Pausen; an den Samstagen ist um 5 Uhr, an den Sonntagen vor den hohen Feiertagen um 4 Uhr Feierabend, jedoch ohne Lohnabzug, unter Beifall der Nachmittags-Schlafpausen. 2. Der Lohn steigt ab 1. April 1907 für Zimmerer, Säger und deren Hilfsarbeiter um 4 Pf. pro Stunde. Werden Überstunden verlangt, so werden dieselben mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 40 Proz. Zuschlag bezahlt. Als Nacharbeit gilt die Zeit vor 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh. Für Überarbeitbarkeit, welche weiter als 5 Kilometer von der Stadt entfernt ist, ist ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, sowie das einmalige Fahrgeld hin und zurück zu vergründen. Die Lohnsteigerung erfolgt nach dem am 1. April bezahlten Löhnen, und erledinen die Arbeitgeber gegenseitig ihre Lohnlisten an. 3. Kündigung ist gegenzeitig ausgeschlossen. 4. Mahnregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf nicht statifizieren. 5. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. April 1908 mit einmonatlicher Kündigung. Dieses ist gewiß ein schöner Erfolg und haben wir dieses erreicht ohne Kampf, auf friedlichem Wege. Hier hat sich so recht wieder der Ruf einer strengen Organisation gezeigt. Darum Kollegen von Weiden, haltet stets die christliche Organisation hoch und tretet immer für dieselbe ein, dann werden wir auch in späterer Zeit wieder in der Lage sein, abermals für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse Verbesserungen einzuführen.

Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“.

Am 18. Mai ist in Hamburg der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ mit 37 „reichstreuen“ Arbeitervereinen und circa 7000 Mitgliedern gegründet worden. Die Ver-

handlungen eröffnete Schaper (Hamburg). Er bezeichnete in seiner Einleitung die Sozialdemokratie als den Haupfeind, gegen den angekämpft werden müsse. Zu bedauern sei, daß die geplante Gründung Misstrauen bei Arbeiterberufsvereinen hervergerufen habe, die auch ihre patriotische Gesinnung betonten, und gleich ihnen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern wollten. Gegen diese Organisationen werde man friedfertig sein, nicht aus Furcht, sondern weil die Sache zu hochstände. Ueber allem steht die Treue zu Kaiser und Reich.

Das einleitende Referat hielt Gustav Ermert, Sekretär des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er stellte folgende Grundsätze auf:

1. Der Bund vaterländischer Arbeitervereine hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Männer, die zu Unternehmern oder Unternehmungen in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, ohne Unterschied ihrer katholischen oder parteipolitischen Stellung zum Standpunkt gegen die politisch wie wirtschaftlich irreversiblen Sozialdemokratie zu vereinigen. In diesem Sinne betrachtet es der Bund als seine besondere Aufgabe, die Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, aber im aussdrücklichen Gegensatz zu der Lehre vom Klassenkampf und Klassenkampf.

2. Der Zweck des Bundes ist die stilistische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Hebung der Lage aller Arbeitnehmer.

3. Der Bund schließt die Förderung von kirchlichen und partikulären Fragen aus, wohl aber beschäftigt er sich mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, namentlich insofern sie die Verhältnisse der Arbeitnehmer berühren.

4. Insbesondere bestrebt der Bund: a) ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und zu erhalten, b) etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Möglichkeit auf dem Wege friedlicher Verhandlung und ohne Arbeitseinstellung zum Ausdruck zu bringen, c) dem sozialdemokratischen Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete tatkräftig entgegenzutreten.

5. Der Bund wird bestrebt sein und in dieser Linie auch auf seine einzelnen Bezirke einzuwirken, daß letztere Gegenzug zu anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen vermieden werde, vielleicht soll eine Gemeinsamkeit von Fall zu Fall in Rat und Tat erstrebt werden.

Bei Begründung des Verbandsstatuts führte Ermert u. a. aus, daß, wenn unter Aenderung der bisherigen Arbeitertaktik die beiden Teile nur voneinander verlangen, was gut und gerecht ist (wer bestimmt das? D. Ned.), dann könne der Bruderkrieg zwischen Kapital und Arbeit begraben werden. Der Streit könne in Zukunft als Kampfmittel ausgeschaltet werden (?). Als in der Diskussion laut wurde, daß der Streit wohl nicht ganz ausgeschaltet werden könne, ja daß er unter Umständen sogar notwendig wäre, erklärte Ermert, daß er mit voller Absicht den Streit ausgeschlossen habe. Der Streit sei nur ein Ausdruck der sozialdemokratischen Klassenkampftheorie. Er wolle nicht Arbeitervater und Unternehmerorganisation vereinigen, erkläre aber seine Idealaufgabe darin, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzubringen.

Daraus ist zu erkennen, welch Geistes sind die neue Gründung ist. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Vater des Ganzen.

Der neue Bund sandte an den Kaiser folgendes Telegramm:

Euer Majestät huldigt in deutscher Treue der Bundes vaterländischer Arbeitervereine, der seither von 37 Arbeitervereinen aus allen deutschen Gauen begründet worden ist, zur Wahrung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer.

Ebenso an den Reichskanzler füllt Bülow:

Euer Durchlaucht sendet ehrenvollen Gruß der Bundes vaterländischer Arbeitervereine, der seither von 37 Arbeitervereinen aus allen deutschen Gauen begründet worden ist, zu Schutz und Förderung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer unter Bekämpfung der Irrlehren der Sozialdemokratie und ihres Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.

Darauf gingen folgende Antworten ein:

Neues Palais, 19. Mai 1907.
Seine Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchstlich über den freuen Gruß des neu begründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine gefreut und lassen vielmals danken. Seine Majestät wünschen dem Bunde ein kräftiges Blühen und Gedeihen in Treue zu Kaiser und Reich, zum Segen der deutschen Arbeiterschaft und des Vaterlandes.

Auf Allerhöchsten Befehl
der Geh. Kabinettsrat v. Lucanus.

Berlin, 19. Mai 1907.
Die Begründung des neu begründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine hat mich aufrichtig erfreut. Ich erwähne sie auf das herzlichste. Möchte es Ihrer Organisation gelingen, dazu mitzutun, daß denjenigen deutschen Arbeitern ein starker Halt geboten werde, welche auf die geistigen und stofflichen Güter nicht verzichten wollen, die Gott und Vaterland dem Menschen bieten.

Reichskanzler v. Bülow:

Ob das im Interesse der gesamten nationalen Arbeiterschaft liegt? Wir bezweilen es. Für die wirtschaftliche Interessenvertretung bedürfte es keiner Gründung eines weiteren "nationalen" Verbandes, diese sind in hinreichender Zahl vorhanden und ist jede weitere Zersplitterung von Schaden. Und jede Protektion dieser Richtung muß verbitternd wirken. Umso mehr noch, wenn die neue Gründung sich in erhöhtem Maße als arbeiterschädigend erweisen sollte. Das wäre geeignet, weite Kreise nationaler Arbeiter abzustoßen.

Ob der Reichskanzler über die Pläne dieser Männer nicht unterrichtet ist?

Die Gründung kann auch durch die Männer, welche an der Spitze stehen, nicht gewinnen. Von Schaper wird gesagt, daß er bereits als Streikbrecheragent fungiert habe. Und Ermert? In seinem Heimatort bei Eiserfeld im Siegerland wurde er als Konsumvereinsbeamter plötzlich abgefeuert. Wie verschiedene Blätter behaupten, habe er von der liegenden Firma Provision verlangt. Ermert hat gegen den Vorwurf keine Klage erhoben. Ferner hat er als Mitglied des christlichen Bergarbeiterverbandes in dem damaligen Streit zwischen dem Vorsitzenden des Siegerländer christlichen Arbeitervereins, Herrn Breidenbach, und dem Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiterverbandes, Brust, das letztere kompromittierende Material an den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ausgeliefert. Er hat außerdem den damaligen Redakteur der "Bergarbeiterzeitung", jetzt an dem Bochumer sozialdemokratischen "Volksblatt", in seiner Wohnung empfangen und beherbergte. Die sozialdemokratische "Bergarbeiterzeitung" behauptete sogar, Ermert habe von dem Bergarbeiterverband 10 000

Mark für seinen Konsumverein versangt mit dem Womerk, das sei in zufagenden Falle für den sozialdemokratischen Arbeiterverband von Nutzen. Das wirft ein eigenartiges Licht auf den Charakter dieses Mannes, wodurch die neue Gründung wahrlich nicht gewinnen kann.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vortragsnisse sendet man sofort an die Redaktion des Nachzugs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zimmerer.

Clin. Die Führer des sozialdemokratischen Zimmererverbands sind rein aus dem Hause über das städtische Anwachsen unserer christlichen Zimmererfamilie. Wir haben ja noch nie eine Blüte einer sozialdemokratischen Zimmererversammlung berichtet, nämlich, daß rot organisierte Zimmerer bei den Verhandlungen, die der Genossen Janzen gegenüber den christlichen organisierten Zimmerern ausprägte, erwartet aussprangen und ihm entgegenhielten, es seien im sozialdemokratischen Zimmererverband so schwere Missstände, einer gönne dem andern die Arbeitsstelle nicht, da wäre es besser vor der eigenen Elre zu lehren. Anlässlich der hier abgehaltenen Generalversammlung wurde von einem anderen Heber namens Riesch (Rösch?) gegen die christliche Zimmererorganisation losgeschlagen. Dorek machte er das Geständnis, daß es bei der Sozialdemokratie zwei Organisationen gebe, eine politische und eine gewerkschaftliche. Der „freie“ Zimmerer verband sei eine gewerkschaftliche Organisation, halte mit der Sozialdemokratie enge Verbindung, sei deshalb keine sozialdemokratische Organisation. Ihr Prinzip sei auch die heutige Gesellschaftsordnung zu stützen und umzuwandeln. Da jedoch noch ein großer Teil der Arbeiter an der Religion festhielten, müßten die freien Gewerkschaften noch vorsichtig sein. Dann ging es über die verblümten christlichen Elemente der Zimmerer los, die christlichen Streitbrecher usw., den christlichen Führern sollte man einen hell ins Maul treiben. Die christlichen Organisierten müßten man schwer aufzufassen, damit sie sich umschreiben ließen. Die armen christlichen Arbeiter ständen unter dem Druck der Pfaffen. Die christlichen Unternehmer, diese Betrüger und Betrügerinnen, wie Gerhart, beteten, daß die Religion erhalten bleibe, um die Arbeiter auszubauen. Die „frei“ organisierten Zimmerer sollten besser die Parteileiter lesen, damit sie den Christen besser zu Leibe rücken könnten usw. usw. (Der Genosse Riesch hätte alle Berechtigung, das Maul weniger voll zu nehmen. Seemand, der den christlichen Grundsätzen und der christlichen Moral ins Gesicht schlägt, hat kein Recht, gegen dieselbe loszugehen. E. C.)

In der Diskussion wurde es besagt, daß so mancher „frei“ organisierte Zimmerer zu den Christlichen übergetreten sei. Schlotmann erklärte, niemals mit den Christlichen gemeinsam zu arbeiten. (Das wird ihm schon gelernt werden. D. G.) Genosse Preus sagt, es sei mit dem Brähen mit den starken freien Gewerkschaften nicht weit her. Das Gelb sei unter Umständen schnell ausgeschlossen. Die Genossen müßten besser die Solidarität übernehmen. Momentan gönne einer dem andern die Arbeit nicht; man grünne förmlich, wenn ein Genosse „freund“ sei. Dann stellte sie über den Zimmerer Lehmann her. Als Lehmann ihre Augen und Nasenheile vorführte, da ziehen die Genossen Schlotmann und Preus andere Seiten auf. Ganz ruhig zur Geschäftsausordnung und bittet, daß keiner mehr über die Christlichen sprechen darf, weil ihre Genossen selbst den „freien“ Zimmerer verband und für die Christlichen Propaganda machen. Damit wurde die Diskussion geschlossen. Man einzige sich dahin, alle ausgetretenen und ausgeschlossenen Mitglieder wieder aufzunehmen, da sie sonst bei den Christlichen gingen. Der Referent befürchtete dann im Schlussswort, in der Bewegung sollte man die Christlichen nach Möglichkeit ausbauen. Diese Versammlung hat so recht wieder bewiesen, auf welcher Kulturstufe der rote Zimmererverband in Köln steht. Die Freude der sozialdemokratischen Erziehung werden noch und noch vielfach hat zwar lange gebaut, bis eine Basisstelle des christlichen Verbands der Zimmerer in Köln ins Leben trat, aber nun mehr ist's eine Freude, zu sehen, wie es auch unter den christlichen Zimmerern vorwärts geht. Arbeiten und agitieren wir daher immer weiter vorwärts für unsere Christlichen Zimmererorganisation. Uns gehört die Zukunft.

Maurer.

Wengera (Ob.-Sch.). Am 20. Mai hielt unsere Zahlstelle ihre Vorleserversammlung ab, zu welcher auch unser Bezirksleiter, Kollege Franz aus Bremen erschienen war, um uns mit einem Vortrag in polnischer Sprache zu beehren. Kurz vor 5 Uhr eröffnete Kollege Lottke die gutbefügte Versammlung und gab der Freude Ausdruck, daß die Kollegen von nah und fern so zahlreich erscheinen waren. Raubert er einen kleinen Rückblick auf die Gründung unserer Zahlstelle, welche vor einem Jahre vollzogen wurde, geworben, wo mit fünfzig Mitgliedern der Auftrag gemacht wurde, teilt er mit, daß diese Zahl sich verzehnfacht hat und noch ständig zunehmend zu verzeichnen ist. Über die Ziele der christlichen Gewerkschaften und den Unterschied von den roten Verbänden (sog. sozialen) referierte Kollege Franz. Zu ausführlicher Weise wies der Redner auf die Ziele und Erfordernisse der christlichen Gewerkschaften, insbesondere des christlichen Bauhandwerker-Verbandes. An der Hand von Beispielen zeigte der Redner den Unterschied, welcher uns als christliche Arbeiter von den roten trennt; deshalb ist es heilige Pflicht für jeden einzelnen Maurer wie zum Beispiel von Schlesien, mehr wie zuvor, um dem Bezirksverband der christlichen Bauhandwerker anzugehören, welcher heute zirka 50 000 Mitglieder zählt. Der Vortragende gab soeben einen Bericht über die Sparte des Sammelmeister Schmidt in Oppeln. Aus demselben geht hervor, daß die roten Helden an der Arbeit waren, um unsere Mitglieder zu tötern. Sie ließen aus keineswegs vorher in Kenntnis, daß der Raum gefüllt werden sollte, brachten nachher unsere Kollegen mit Gewalt aus der Arbeit und zwingen sie nach ihrem Befall, um sie auszutotieren. Dies ist den beiden allerdings nicht gelungen, und werden die Männer von Wengera, Oppeln und Umgegend die Konsequenzen daraus ziehen. Es geht heute schon ein Mutterstand der christlichen Bauhandwerker; man hört auch jenen, der rote Bezirksverband der Maurer Deutschlands kommt darüber hinweg zu haben, denn es ist schon die dritte Woche, und wir haben noch keine Unterstzung bekommen, dagegen die Kollegen vom östlichen Sachsen haben dieselbe Sparte am Morgen und Nachmittag der Sparte erhalten. Den Maurern von Oppeln und Umgegend räumt Wengera zu: wollt ihr eure Freunde dort in ihrer Zeit vertreiben, so trefft euch mit ihnen in den Bezirksverband der christlichen Bauhandwerker ein, dann braumt ihr nicht zu sterben und wohndet in Sicherheit, bis ihr die Unterstzung erhaltet. In der Zwischenzeit bringen mehrere Kollegen und waren alle darüber sehr aufmerksam und interessiert für unseren Verband eingetreten und zu unterstützen. Zur besseren Motivation wünschte Wengera, daß zum großen Versammlungsabend in Bremen Stadtkonvent angetreten zu werden und einige Sätze von Wengera abgespielt werden. Die schon berühmte Versammlung wurde nach einem Taktikum des Referenten von dem Bezirksleiter abgehalten, mit einem kurzen Appell an die Kollegen und einer Begrüßung und mit dem östlichen Sachsenverband und der Räuberfamilie Wengera geschlossen.

Oberschlesien. Von einem eindrucksvollen Vortrag weiß der „Grundstein“ in Nr. 20 zu erzählen. Die Genossen hätten öffentliche Versammlungen abgehalten und da seien die „Christlichen“ gekommen und die Versammlungen wären gesprengt worden. Der „Grundstein“ meint, die Christlichen hätten es darauf abgesehen gehabt, einen Skandal zu inszenieren und die Genossen zum Landesfriedensbruch zu reizen. Nur dem Eingreifen der führenden Genossen sei es zu danken, wenn es nicht zum Aufruhr gekommen sei. Diese armen Genossen, die dahin sind wie die Bäume, lassen sich von den paar Christlichen aus der Ruhe bringen. Wer hat denn eigentlich geschrieben? Doch niemand anders als die Genossen selbst. Gewiß wollten wir und den Quatsch mal anhören, den Baude und Genossen bei der großen Hölle verzapfen. Die Kombination, die Baude in Fahrzeuge aufspielt, war geradezu lächerlich. Sowohl es etwas unruhig in der Versammlung wurde, hielt Genossen Baude an seine Getreuen eine Moralsprache und wartete vor Landesfriedensbruch. Baude wollte eben dem Kollegen Chrhard, der mit ungefähr 40 Kollegen anwesend war, nur nicht das Wort erteilen, deshalb machte er seinem Laden zu. Ob das Schimpfregister erschöpft war? Es scheint so. Im übrigen muß ja Baude und der „Grundstein“ seine Geister kennen. Ist das die Erziehung, die der rote Verband geleistet hat? Wir können dem Genossen Baude nur empfehlen, in der nächsten Zeit den Genossen ab und zu ein Kapitel aus Stenges „Umgang mit Menschen“ vorzulegen, dann wird es nicht notwendig sein, in kritischen Momenten die Versammlung zu schließen. Im übrigen schlägt sich der „Grundstein“ selbst, denn zehn bis zwanzig Mann können in einer gut besuchten Versammlung nicht viel ausrichten. Die paar Christlichen konnte Baude mit seinen Genossen ja zum Frühstück verzehren. Im übrigen schenkt unsere Genossen auf sehr schwachen Beinen zu stehen, denn sie wollen in Zukunft keinen christlichen Führer mehr in ihrer Versammlung sehen. Die Genossen werden auf einem Flugblatt gewarnt, in unsere Versammlung zu gehen. Uns kann es ja recht sein, wenn die Genossen nicht den Mut haben, mit dem Gegner die Klinge zu treuzen, so beweist das nur, was von uns immer gesagt wurde: „Unter Ausschluß der Öffentlichkeit werden die Genossen verstehen.“ Der „Grundstein“ und auch Baude brauchen nicht bang zu sein, daß einer von unseren Kollegen handgreiflich wird, denn davon sind wir überzeugt: „Wer Dreck angreift, der beschmiert sich die Finger.“

Mettmann. Wir wollen heute auch wieder einmal die Spalten unseres Organs in Anspruch nehmen, nicht daß wir besonders Erfreuliches zu berichten hätten, sondern um auch zu zeigen, daß wir noch da sind. Unsere Zahlstelle hatten wir im vorigen Jahre gegründet, und zwar traten bei der Gründung fast alle Kollegen dem Verband bei. Die wenigen, die damals noch nicht die Notwendigkeit der Organisation erkannt hatten, haben sich aber durch die intensive Agitation aller Kollegen jetzt dem Verband angeschlossen, so daß wir heute sagen können: mit wenigen Ausnahmen gehören die Kollegen dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands an. Den hierigen sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter scheint dieses nicht zu behagen, denn sie geben sich die größte Mühe, den sozialdemokratischen Maurer-Verband hier einzuführen, was aber durch die Unmöglichkeit unserer Kollegen bis jetzt noch immer bereitgestellt worden ist. Auch das Verpfändungssystem scheint in Mettmann nicht zu funktionieren, denn wiederholt hat man Margolin und Apfel des Atheismus nach hier gesandt, mit der Weisung: lehret alle Böser. Auch in einer von den Genossen einberufenen öffentlichen Versammlung sollte diese Belehrung fruchtbringend wirken, aber o heiliger Marx hilf, die Christen sind für solche Belohnungen taub, auf das, was in dieser Versammlung verjagt wurde, brauchen wir hier nicht einzugehen, da der Raum dafür zu schade ist und unsere Kollegen es auch auszendmal schon gehört haben. Es ist stets dasselbe, daher werden solche Lehrer auch nicht ernst genommen. Für solche Prozeduren hat man mit ein mißliches Lächeln. Am Sonntag, den 12. Mai, hatten auch wir eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Kollege Lange aus Köln das Sekretariat übernommen hatte; auch Kollege Preus-Eberfeld war erschienen. Unsere Kollegen waren sämtlich zur Stelle, weil sie alle annehmen mußten, diesenjenigen, die in der letzten öffentlichen Versammlung der Genossen den Mund so vollgenommen hatten, wären auch einmal nach unserer Versammlung hingekommen; aber es kam keiner; sie scheinen die Wahrheit zu scheuen; deshalb hält man sie systematisch von öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlungen ab. Unsere Kollegen können mit dem Verlust dieser Versammlung aufzuhören sein. Soll der jetzt herrschende Geist unter den Kollegen an, dann werden sie auch weiterhin Nutzen und Vor teil von der Organisation haben. Vor allem regelmäßig die Versammlungen besuchen und die jetzt vorhandene Bibliothek benutzen, um auch in geistiger Beziehung vorwärts zu kommen. Auch hier müssen wir auf der Höhe sein, wenn wir uns einen Platz an der Sonne erringen wollen, darum jeder auf seinem Posten einen ganzen Mann dagestell, dann wird man nicht achtlos an uns vorübergehen können, sondern man mag uns respektieren.

Meininghausen. (Klar. und Bauhofsarbeiter.) Am 17. Mai fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren: 1. Abrechnung und Geschäftsbericht vom ersten Quartal; 2. Diskussion über den Bericht der Generalversammlung; 3. Verschiedens. Der Kassierer erstattete zunächst den Kassenbericht, wo eine Einnahme von 496,85 M. zu verzeichnen war, der Bestand der Kassakasse betrug 1152,39 M. Da der Kassenbestand für richtig befunden wurde, erfuhr man dem Kassierer Entlastung. Hierauf gab der 1. Vorsitzende den Geschäftsbericht aus, welchem mit folgendem entnahmen: Abgehalten wurden sieben Vorstands- und Vertreterversammlungen-Sitzungen und sechs Mitgliederversammlungen. Die Mitgliederversammlungen waren im Durchschnitt höchstens besucht, anwesend waren bis zu 15 Prozent der Mitgliederzahl. Es ist dieses ein Beweis dafür, wie weit die Interesslosigkeit schon vorgeschritten ist. Der Mitgliederbestand betrug im Anfang des Quartals 123, am Schluss derselben 251. Da in voriger Versammlung die Diskussion über den Bericht der Generalversammlung wegen vorgelegter Zeit verlegt werden mußte, wurden die Hauptpunkte vom Kollegen Stogge nochmal angeführt, worüber sich eine rege Diskussion entfaltete. Im Durchschnitt drehte sich die Debatte um die Erhebung der Extraarbeitstage. Diese vernünftige Belehrung der Generalversammlung wurde von den anwesenden Kollegen als richtig anerkannt. Mögen aber auch die Kollegen, welche nicht anwesend waren, diesen Beschuß nicht wie gewöhnlich nachträglich kritisieren, sondern lasse man sich von dem Gesichtspunkte aus leiten, daß dieses eine unmöglichste Notwendigkeit ist und erleichtere man den Kassierer durch die Erfüllung desselben ihren sozialen Posten. Im Verschiedens sah man den Vorschlag, für die Kollegen, welche es vorzugsweise lieben, wegen hoher Beiträge und Bergleidern, einmal den Genossen zu markieren und wenn ihnen der Beitrag uns gegenüber wieder zu hoch greift, sich in unserem Verband einzuschreiben, wollen bis zum 1. Oktober ein Eintrittsgeld von 3 M. zu zahlen. Kollegen! Von dem berufsständischen Gewerkschafts- und Beamtenverband der evangelischen Arbeitervereine sowie die Leiter und Sämtliche der Einzelvereine ebenso dringend wie freundlich eingeladen. Die Einzelvereine und die Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften bitten wir, Delegierte zu entsenden.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

zu bringen. Aber, Kollegen, befürcht auch ehriger die Versammlungen, damit im nächsten Jahre Disziplin in unseren Sämtlichen herrscht und das Ziel der Unternehmer, uns vielleicht verschlechtert zu bieten, an unserer inneren Festigkeit trümmert.

Bauunfall.

Essen. Am 17. Mai erlitt unser Kollege Edel einen bedeutsamen Unfall. Derselbe war an der Fabrik beschäftigt und rief von innen seinem Arbeitskollegen etwas Material durch das Fenster. Da das Ballentlager nicht abgedeckt, sondern Schubdecken eingeschüttet waren, so trat Edel beim Hinunterstechen auf dieses plötzlich gaben beide nach und Edel stürzte durch, ebenso die Geschosshölzer liegende Schubdecken durchschlägten. Er erlitt eine Bruch des Schädelbeins. Verlegungen an Kopf und Händen, seine Leberfunktion ins Krankenhaus benötigten. Wie sich herausstellte, waren die Katten für die Schubdecken nur alle Meter nicht, wie es Vorschrift ist, alle 80 Centimeter, angenagelt. Höchstwahrscheinlich werden diese Arbeiten in Alsdorf vergeben und kommt dann nur darauf an, daß der Ball „zu“ ist, ob vorschriftsmäßig das ist Nebenläufige. Wie vorurteilsmäßig die Verate bei Alsdorf von Arbeiter sein können, geht daraus hervor, daß der handelnde Arzt dem Kollegen Edel gegenüber äußerte, er sei angebrüllt gewesen. Edel ist aber einer von denen, die überhaupt keinen Trunk Alkohol zu sich nehmen. Was wohl der Herr D. sagen würde, wenn er in einem ähnlichen Fall gefragt würde? Untersuchung ist eingeleitet.

Briefkasten.

Nach Kassel. Es sollte doch eigentlich selbstverständlich sein, daß sämtliche Eichsfelder Kollegen, mögen sie nun von Giebeldehausen oder Nesselrode sein, in Kassel ihre Produkte zu zählen haben. Daß dieses immer und immer wieder gefragt werden muß, läßt wahrlich keine genaue Kenntnis Statuts erkennen. In unserer Organisation gilt einer sozialen Seite der andere und kann es keine Ausnahmen geben. Ein Kassel.

An Viele. Mitglieder, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen wurden, werden nicht im Organ bekannt gegeben.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Vorstandschaft, welche zur Agitation unter den italienischen Kollegen einen italienisch sprechenden Referenten wünschen, werden ersucht, sich diesbezüglich an das Sekretariat in Oberhausen (Wibb.), Rohlfstr. 15, zu wenden. Es ist aber nicht möglich, daß der Kollege Kärtl gerade an dem Tage nicht in einem Orte kommen kann, den der betreffende Vorstand ansetzt. Das gäbe ein Durchhanderkreisen des Kollegen Kärtl. Die Bestimmung des Versammlungstages dem Kollegen Kärtl selbst.

Ferner werden die Vorstände ersucht, die Abreise in allen italienischen Vertragsländern dem Kollegen Kärtl in Oberhausen mitzuteilen.

Bekanntmachungen.

Bezirk Bremen-Schlesien.

An Bezirksleiterägen für das erste Quartal 1907 sind bis Ende 15. Mai zu unterschreiben eingegangen: Von der Verwaltungsstelle 818, 570 M.

Der Bezirksvorstand.

Gedroschlossen wurde wegen Verstoß gegen § 15 a (Urteilsschlagung) das Mitglied Johann Bastians in der Zahlstelle Briesel.

Als verloren werden gemeldet: Buch-Nr. 101 173, lautend auf Wilhelm Scherer; die Buch-Nr. 63 888, lautend auf Georg Strelle; Buch-Nr. 62 859, lautend auf Heinrich Westendorf; Buch-Nr. 84 577, lautend auf A. Stevermann; Buch-Nr. 116 305, lautend auf Heinrich Lütcke. Dieselben werden hiermit für erlost erklärt.

Der Verbandsvorstand.

Am 20. Mai starb unser Mitglied Damian Stanbach im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.

Zahlstelle Neuhof b. Fulda.

Am 13. Mai starb unser Mitglied Philipp Schremser im Alter von 33 Jahren. Derselbe wurde in der Zellstofffabrik Wolfsburg bei Hannover bei der Arbeit vom Blitz erschlagen.

Zahlstelle Witten b. Worms.

Am 20. Mai starb unser Mitglied Michael Grajowski im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung.

Verwaltungsstelle Bremen.

Am 20. Mai starb unser Mitglied Johann Breuer im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung.

Zahlstelle Lichtenbusch.

Ehre ihrem Andenken!

Einladung zur III. Westdeutschen Konferenz der evangelischen Arbeitervereinigungsmittelglieder und der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Besondere Umstände haben uns veranlaßt, die nächste Konferenz schon am 23. Juni abzuhalten. Von gewisser Schwierigkeit wieder einmal Anstrengungen gemacht, die Arbeitervereinigung mit zweifelhaften Neugründungen zu beglücken, um durch die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung zu untergraben. Demgegenüber gilt es, für die Geschlossenheit der christlichen Nationalen Arbeiterbewegung entschieden einzutreten.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

I. Konstituierung der Versammlung.

II. „Gelbe Gewerkschaften.“ (Referent: Gewerkschaftssekretär Wilhelm Wallbaum-Bielefeld)

III. Freie Aussprache.

IV. Die württembergischen Arbeitervereine. (Referent: Sekretär Herm. Hauffenbauer-Essen)

V. Diskussion.

Da zwei sehr wichtige Themen zur Verhandlung stehen, die eine eingehende Aussprache notwendig machen, so erwarten wir, sowohl als evangelischen Arbeiterverein wie den Kreis der christlichen Gewerkschaften, eine klare Beurteilung. Insbesondere werden die Vorsitzenden und Beamten der rheinisch-westfälischen Verbands und des Bodenseer Verbands der evangelischen Arbeitervereine, sowie die Leiter und Sämtliche der Einzelvereine ebenso dringend wie freundlich eingeladen. Die Einzelvereine und die Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften bitten wir, Delegierte zu entsenden.

Die Versammlung findet statt am 23. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab im Evangelischen Vereinshaus in Essen-Hauptbahnhof.

Mit deutschem Gruss

Georg Schrems, Essen-M. W. d. R. Herm. Hauffenbauer-Essen-Nr. Bielefeld

Eugen Rauh, Bielefeld

Georg Schrems, Essen-M. W. d. R. Herm. Hauffenbauer-Essen-Nr. Bielefeld

Georg Schrems, Essen-M. W. d. R. Herm. Hauffenbauer-Essen-Nr. Bielefeld